

Rede von Wilhelm Benz

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde;

Anlässlich des 8. Mai, *dem Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg*

haben die Menschen in Europa noch viel zu meistern!

Es gilt den Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA und Kanada entgegen zu treten.

Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

→ können Konzerne Milliarden Euro aus unseren Staatskassen fordern, wenn Gesetze ihre Gewinne schmälern!

Die Privatisierung von Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung droht!

→ In den USA Erlaubtes würde auch bei uns legal:

Fracking; Chlorhühner; Gentechnik im Essen und Gift in der Kosmetik!

→ Überwachung und Zensur würden verstärkt.

Der Datenschutz ausgehebelt.

Die kulturelle Vielfalt bedroht.

Der Zugang zu Bildung und Wissenschaft eingeschränkt.

→ Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards würden geschwächt. Mindestlöhne untergraben, kleine Betriebe vom Markt gefegt.

In langen, harten Kämpfen erstrittene demokratische und soziale Errungenschaften stehen auf dem Spiel! *Wehren wir uns aktiv dagegen.*

Es gilt gegen Faschismus und Krieg aufzustehen und sich zu widersetzen!

Nicht nur, aber vor allem in der Ukraine erstarken derzeit die Nationalisten und Faschisten.

Es gipfelt darin,

... dass auf ihrer Maidemonstration in Odessa Antifaschisten und Demokraten von Faschisten angegriffen und schließlich ermordet wurden. Sie flohen vor den Angreifern in das Gewerkschaftshaus, das kurz darauf von den Rechten verschlossen und angezündet wurde.

★ Das erinnert uns an die Brutalität des deutschen Faschismus. Gestürmte, zerstörte Gewerkschaftshäuser, das waren nach dem Verbot der KPD die nächsten Maßnahmen gegen die deutsche Arbeiterbewegung im Mai 1933.

... dass sich in der ostukrainischen Stadt Slowjansk unbewaffnete Männer und Frauen den Panzern und den von Faschisten durchsetzten Truppen der „Nationalgarde“ entgegen stellten. Sie kämpfen um ihre demokratischen und nationalen Rechte. Auch hier gab es mehrere Tote. Der Innenminister des Putschregimes hat den Sturm auf Slowjansk unter anderem damit begründet, dass unter den Bewohnern und Verteidigern der Stadt „viele Kommunisten“ seien.

★ Das erinnert uns an die Todeslisten, mit denen 1933 SS- und SA-Truppen gegen kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre losschlugen. Schon damals wollten sie den „Marxismus und Bolschewismus ausrotten“.

In der Ukraine geht es jetzt um antifaschistischen Widerstand gegen ein Regime, an deren Spitze Faschisten und Nationalisten stehen. Sie stehen in der Tradition der mörderischen Wehrmacht, der SS und deren Hilfstruppen. Sie sind jedoch heute wie damals ebenfalls nur die Hilfstruppen der wirklich Mächtigen, des US- und des EU-Imperialismus.

Diese haben die Putschisten seit Jahren mit großem auch finanziellem Aufwand ausgerüstet und ausgebildet.

Wie damals geht es um die Eroberung der Rohstoffe und Industriepotentiale der Ukraine für das deutsche und internationale Monopolkapital. Und es geht um die geopolitische Langzeitplanung des deutschen Imperialismus und Großkapitals. Seit langer Zeit waren die „Zerstückelung des russischen Kolosses“ und die Schaffung eines „großeuropäischen Wirtschaftsraum“ unter deutscher Führung Ziel des deutschen Imperialismus. Man muss kein „Putin-Freund“ sein, um zu verstehen, worum es in der Ukraine wirklich geht. EU und NATO wollen heran an die russischen Grenzen. Sie wollen Russland politisch und militärisch schwächen.

Wir müssen handeln:

- Gründen wir eine antifaschistische und antimilitaristische Solidaritätsbewegung mit der Ukraine.
- Organisieren wir kleine und große Aktionen der Solidarität und Protestaktionen in möglichst vielen Städten.

Wir müssen fordern:

- Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!
- Die Bundesregierung muss sich klar und deutlich von dem rechten Putsch-Regime in Kiew distanzieren!
- EU und NATO Hände weg von der Ukraine!
- NATO weg von den russischen Grenzen!

Die Menschen in der Ukraine müssen ihre demokratischen und nationalen Rechte in freier Autonomie in die eigenen Hände nehmen können.